



Institut für Föderalismus  
Institut du Fédéralisme  
Institute of Federalism

Universität Freiburg  
Institut für Föderalismus  
Av. Beauregard 1  
CH – 1700 Freiburg

## Kantonale Volksabstimmungen vom 26. September 2021 – *Die Ergebnisse*

### Les votations cantonales du 26 septembre 2021 *Les résultats*

#### Übersicht / Aperçu

---

Angenommene Vorlagen sind grün, abgewiesene Vorlagen sind rot und Stimmbeteiligung blau eingefärbt.

Les textes acceptés sont signalés en vert; les textes rejetés sont signalés en rouge et la participation en bleu.

#### 1. Änderungen von Kantonsverfassungen / Modifications des constitutions cantonales:



**BE:** Änderung der Kantonsverfassung (Klimaschutz-Artikel)



**SO:** Volksinitiative «Erweiterung der Gemeindeautonomie betreffend Vergabe des Stimm- und Wahlrechts auf kommunaler Ebene»



**TI:** Iniziativa popolare denominata «Basta tasse e basta spese, che i cittadini possano votare su certe spese cantonali» e controprogetto del Gran Consiglio (Referendum finanziario obbligatorio, modifica art. 42 Costituzione cantonale)



**UR:** Änderung der Verfassung des Kantons Uri (Stimmrechtsalter 16)

## 2. Obligatorisches oder fakultatives Gesetzesreferendum / Référendum législatif, obligatoire ou facultatif :



**NE:** Loi sur la reconnaissance d'intérêt public des communautés religieuses (LRCR) (Fac.)



**SZ:** Änderung des Gesetzes über Ergänzungsleistungen zur Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung (Oblig.)



**UR:** Änderung des Gesetzes über die geheimen Wahlen, Abstimmungen und die Volksrechte (WAVG) (Stimmrechtsalter 16) (Oblig.)



**UR:** Gesetz über die Förderung der Kultur im Kanton Uri (Kulturförderungsgesetz; KFG) (Oblig.)



**UR:** Gesetz über die amtliche Publikation (Publikationsgesetz; PuG) (Oblig.)

## 3. Gesetzesinitiative / Initiatives législatives :



**BS:** Kantonale Volksinitiative «für erschwingliche Parkgebühren»



**TI:** Iniziativa popolare denominate «NO alle pigioni abusive, Sì alla trasparenza: per l'introduzione del formulario ufficiale ad inizio locazione»



**TI:** Iniziativa popolare «Le vittime di aggressioni non devono pagare i costi di una legittima difesa»

#### 4. Finanzreferendum / Référendum financier :



**BS:** Ausgabenbewilligung für die Sanierung und Umgestaltung der Hörnliallee, am Otto Wenk-Platz und im Kohlistieg zugunsten von mehr Sicherheit, hindernisfreier Bushaltestellen sowie für die ökologische Aufwertung des Strassenraums (Fak.)



**LU:** Ausbau der Kantonsstrasse K 4 durch das Ränggloch in Kriens und Littau (CHF 53 Mio.)



**SG:** Gesetz über die wirtschaftliche Unterstützung von Unternehmen in Zusammenhang mit der Covid-19-Epidemie (Oblig.) (Max. CHF 95 Mio.)



**SO:** Balsthal, Verkehrsanbindung Thal; Bewilligung eines Verpflichtungskredites (CHF 63.7 Mio.)

#### Im Detail / Dans le détail

---

## BE



Änderung der Kantonsverfassung (Klimaschutz-Artikel)

**JA (63.86%)**

Stimmbeteiligung

**49.79%**

Der bernische Grosse Rat erachtet die Klimaveränderung als eine der zentralen Herausforderungen unserer Zeit. Er will deshalb den Klimaschutz ausdrücklich in der Verfassung verankern und hat dazu einen neuen Verfassungsartikel (Klimaschutz-Artikel) ausgearbeitet. Kanton und Gemeinden sollen sich demnach aktiv für eine Begrenzung der Klimaveränderung einsetzen. Ziel ist es, dass der Kanton BE bis 2050 klimaneutral wird. Zudem sollen sich Kanton und Gemeinden dafür engagieren, Risiken und Schäden, die als Folgen des Klimawandels entstehen, zu begrenzen.

Der neue Verfassungsartikel beinhaltet noch keine konkreten Massnahmen. Nach einer allfälligen Annahme der Verfassungsänderung müssten Kanton und Gemeinden entsprechende Gesetze und Massnahmen beschliessen.

In den vergangenen Jahrzehnten hat sich das Klima in der Schweiz stark verändert. Auch der Kanton BE mit seinen vier Klimaregionen Jura, Mittelland, Voralpen und Alpen ist von den Folgen der Klimaveränderung betroffen. Dazu gehören etwa der Rückgang der Gletscher, das Ansteigen der Schneefallgrenze oder die Zunahme von Hitzeperioden und Starkniederschlägen. Diese Folgen werden für Mensch, Umwelt und Wirtschaft zunehmend spürbar und haben beispielsweise Auswirkungen auf die bernischen Tourismusregionen, die Lebensqualität in den Städten und Agglomerationen oder auf die Land- und Forstwirtschaft.

Aus Sicht der Urheberinnen und Urheber der Vorlage, die nun zur Abstimmung gelangt, sei die Abstützung des Klimaschutzes in der Verfassung ungenügend. Mit einer parlamentarischen Initiative (siehe Kasten) forderten sie deshalb einen neuen Verfassungsartikel, in dem der Klimaschutz als vordringliche Aufgabe des Kantons verankert werden soll.

#### **Parlamentarische Initiative ([Grossratsgesetz Art. 62](#))<sup>1</sup>**

Eine parlamentarische Initiative ist ein Instrument, mit dem der Grosse Rat eigenständig gesetzgeberisch tätig werden kann. Mit einer parlamentarischen Initiative wird dem Grossen Rat von einem Ratsmitglied oder einer seiner Kommissionen oder Fraktionen ein Entwurf für einen Erlass oder Beschluss unterbreitet. Der Grosse Rat entscheidet zunächst, ob er die parlamentarische Initiative vorläufig unterstützt. Wenn ja, befasst sich eine Kommission eingehend mit dem Thema und legt dem Grossen Rat einen ausgearbeiteten Erlass oder Beschluss zum Entscheid vor.

In diesem Fall hat der Grosse Rat die parlamentarische Initiative in der Sommersession 2019 grundsätzlich unterstützt. Die Bau-, Energie-, Verkehrs- und Raumplanungskommission arbeitete daraufhin eine konkrete Vorlage aus und führte im Frühjahr 2020 eine Vernehmlassung bei Behörden, Parteien, Verbänden sowie weiteren interessierten Kreisen durch. Die Mehrheit der Teilnehmenden hat dabei einen neuen Verfassungsartikel für den Klimaschutz befürwortet.

*Quelle: Abstimmungsbotschaft, S. 6*

Gemäss dem neuen Verfassungsartikel umfasst der Klimaschutz folgende *zwei Elemente*.

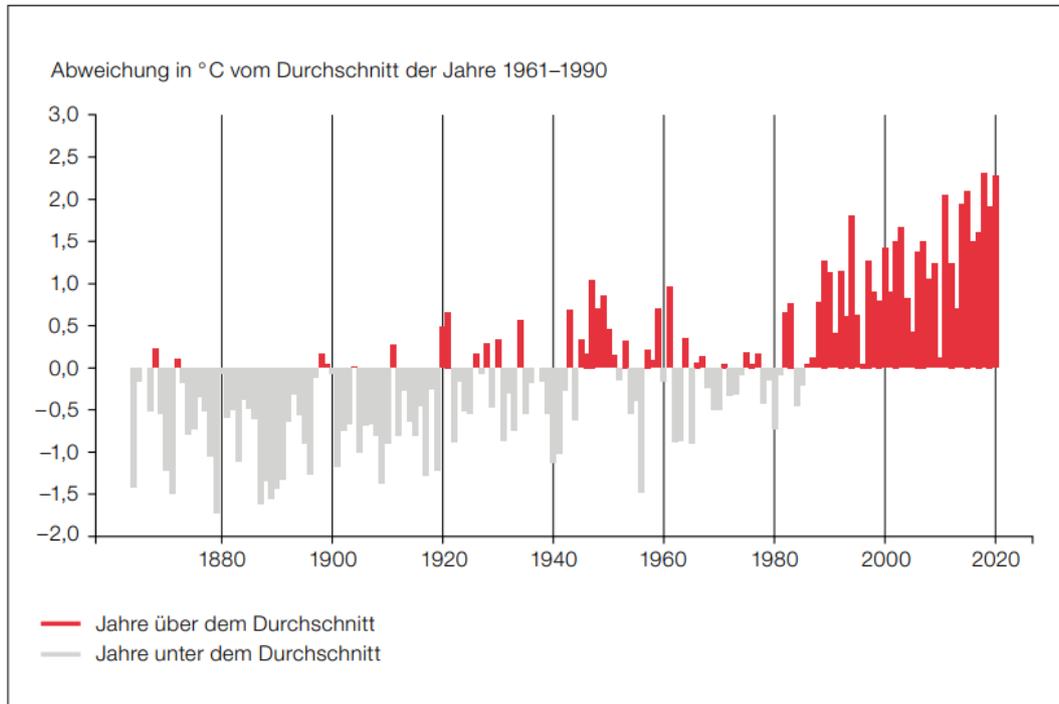
*Einerseits* sollen Kanton und Gemeinden beauftragt werden, sich in ihren jeweiligen Zuständigkeitsbereichen für eine Begrenzung der Klimaveränderung einzusetzen. Ziel ist, dass der Kanton BE bis 2050 klimaneutral wird; es sollen also nur noch so viel Treibhausgase ausgestossen werden, wie gleichzeitig abgebaut oder gespeichert werden können. Diese Zielsetzung steht in Einklang mit den Vereinbarungen des internationalen Klimaübereinkommens von Paris von 2015, dem auch die Schweiz beigetreten ist. Damit könnte der Kanton BE seinen Beitrag leisten, um den Anstieg der durchschnittlichen Erdtemperatur auf deutlich unter 2 Grad zu begrenzen. Um das Ziel zu erreichen, sei es insbesondere nötig, die Verbrennung fossiler Energieträger wie Erdöl oder Erdgas stark zu reduzieren.

*Andererseits* sollen Kanton und Gemeinden Massnahmen treffen, um die nachteiligen Auswirkungen der Klimaveränderung zu begrenzen; um Klimarisiken zu verringern und Klimaschäden zu bewältigen durch

<sup>1</sup> Gesetz über den Grossen Rat (Grossratsgesetz, GRG) vom 04.06.2013; BGS 151.21.

beispielsweise einen Ausbau des naturnahen Hochwasserschutzes, Investitionen in eine widerstandsfähige Wasserversorgung, Anreize zu nachhaltiger Boden- und Waldbewirtschaftung oder die Anpassung städtebaulicher Vorgaben.

### Durchschnittliche Jahrestemperatur in der Schweiz 1864–2020



Quelle: Bundesamt für Meteorologie und Klimatologie MeteoSchweiz

Eine *Mehrheit des Grossen Rates* betonte, dass der Klimawandel eine der grossen Herausforderungen der Gegenwart sei, die nicht nur auf Bundesebene, sondern auch auf Kantons- und Gemeindeebene angegangen werden müsse. Mit einem Artikel zum Klimaschutz werde das Fundament für die notwendigen Massnahmen geschaffen. Schon heute müsse man Geld aufwenden, um den Klimaschäden zu begegnen. Der Klimaschutz-Artikel würde demgegenüber nicht nur Einschränkungen und Kosten zur Folge haben, sondern der Wirtschaft neue Entwicklungsperspektiven aufzeigen.

Eine *Minderheit des Grossen Rates* war ihrerseits der Ansicht, dass mit dem bestehenden Umweltschutz-Artikel in der [Kantonsverfassung](#) (Artikel 31) das Anliegen bereits erfüllt sei.<sup>2</sup> Der Klimaschutz bilde in ihren Augen einen Teilaspekt des Umweltschutzes. Bereits heute könne man auf Gesetzesstufe Massnahmen zum Schutz des Klimas beschliessen. Anstelle eines neuen Verfassungsartikels seien vielmehr innovative Projekte und eigenverantwortliches Handeln von Wirtschaft und Bevölkerung nötig.

Der Grosse Rat hat den neuen Artikel in der Kantonsverfassung am 08.03.2021 mit 98 Ja gegen 44 Nein bei 10 Enthaltungen angenommen. Änderungen der Verfassung müssen zwingend den Stimmberechtigten vorgelegt werden (Art. 61 Abs. 1 Bst a KV).

<sup>2</sup> Verfassung des Kantons Bern (KV) vom 06.06.1993 ; BGS 101.1.

Für weitergehende Informationen über die Abstimmung / Pour plus d'informations touchant la votation:

[Abstimmungsinformationen des Grossen Rates](#)

[Zurück zur Übersicht / Retour à l'aperçu](#)

# BS



1. **Grossratsbeschluss vom 10. März 2021 betreffend Ausgabenbewilligung für die Sanierung und Umgestaltung der Hörnliallee, am Otto Wenk-Platz und im Kohlistieg zugunsten von mehr Sicherheit, hindernisfreier Bushaltestellen sowie für die ökologische Aufwertung des Strassenraums**
- NEIN (52.51%)**  
**61.29%**
- Stimmbeteiligung**

In der Hörnliallee und im Kohlistieg zwischen Rauracherstrasse und Otto Wenk-Platz müssen unterirdische Versorgungsleitungen erneuert werden. Darauf abgestimmt sollen der Kanton und die Gemeinde Riehen die Strassen sanieren, damit alle Verkehrsteilnehmenden gut und sicher unterwegs sind.

Das Referendum wurde ergriffen, weil die auf dem Vorplatz des Friedhofs Hörnli vorgesehene Aufhebung von 48 Parkplätzen den Besuch des grössten Friedhofs der Schweiz beeinträchtigen würde.

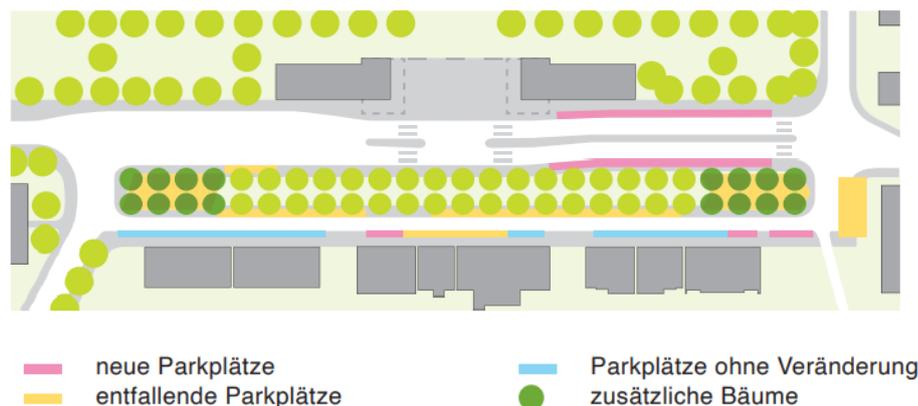
Die notwendigen Sanierungen sollen genutzt werden, um die Verkehrssicherheit und die Lebensqualität in Riehen zu erhöhen. Die Umgestaltung soll dem Friedhof Hörnli einen würdigeren Eingang verleihen. Die historische Lindenallee auf dem Friedhofsvorplatz würde bessere Lebensbedingungen bekommen und mit 16 zusätzlichen Bäumen ergänzt.

Die Verlängerung der Baumallee auf beiden Seiten hat der Grosse Rat entgegen dem Antrag des Regierungsrates beschlossen. Sie soll durch die Aufhebung von 48 Parkplätzen auf dem Vorplatz möglich werden; 43 Parkplätze würden hier erhalten bleiben.

**Der heutige Friedhofsvorplatz:**



## Der geplante Vorplatz des Friedhofs Hörnli mit 16 zusätzlichen Bäumen und 48 entfallenden Parkplätzen:



Quelle: Abstimmungsbroschüre, S. 6

An seiner Sitzung vom 10.03.2021 stimmte der Grosse Rat der Umgestaltung Hörnliallee mit 52 gegen 44 Stimmen zu. Gegen diesen Beschluss wurde das Referendum ergriffen, weil namentlich ältere und/oder vom Leid betroffene Friedhofs- und Abdankungsbesuchende auf ein privates Fahrzeug und die Parkmöglichkeiten angewiesen seien. Auch den vielen Besucherinnen und Besuchern von auswärts wäre die Anreise nur erschwert möglich.

## 2. Kantonale Volksinitiative «für erschwingliche Parkgebühren»

**NEIN (55.74%)**  
**61.29%**

### Stimmbeteiligung

Diese Initiative verlangt «ausreichend» günstigen Parkraum für Autos und Motorräder im öffentlichen Strassenraum. Dazu sollen die Preise von Anwohnerparkkarte, Pendlerparkkarte und Besucherparkkarte auf den Stand von 2018 reduziert und im Gesetz verankert werden. Zudem soll der Bezug von Parkbewilligungen nicht eingeschränkt werden dürfen und die Differenz zwischen den alten und den aktuellen Preisen an die Bezügerinnen und Bezüger der Parkkarten zurückerstattet werden. Regierungsrat und Grosse Rat empfehlen, die Initiative abzulehnen.

Der Regierungsrat hat am 30.10.2018 mit einer Teilrevision der [Parkraumbewirtschaftungsverordnung](#)<sup>3</sup> einige Preiserhöhungen beschlossen und auf Anfang 2019 umgesetzt. Diese haben dazu geführt, dass sich die Anzahl der verkauften Besucherparkkarten fast halbiert hat. Die Anzahl Anwohnerparkkarten ging um rund 15 Prozent zurück.

Die Initiative «für erschwingliche Parkgebühren» will mit einer Anpassung des Gesetzes über die Nutzung des öffentlichen Raumes dafür sorgen, dass in BS den Einwohnenden, den Gewerbetreibenden, den Besuchenden sowie den Pendelnden ausreichend günstiger Parkraum für Autos und Motorräder zur Verfügung stehe. Sicherstellen will das Initiativkomitee dies, indem die Preise der Anwohnerparkkarte,

<sup>3</sup> Verordnung über die Parkraumbewirtschaftung (Parkraumbewirtschaftungsverordnung, PRBV) vom 12.06.2012; GS 952.560.

Pendlerparkkarte und Besucherparkkarte auf dem Niveau von 2018 (vor den oben erwähnten Erhöhungen) fixiert und im Gesetz verankert werden.

	Heutiger Zustand		Zustand bei Annahme der Initiative	
	Preis	Bezugs- beschränkungen	Preis	Bezugs- beschränkungen
Anwohnerparkkarte	284.– CHF/Jahr	Nur für ein Auto pro Person	140.– CHF/Jahr	Keine
Pendlerparkkarte	860.– CHF/Jahr	Nur für 20 Prozent der Angestellten beziehungsweise maximal 50 Stück pro Arbeitgeber Arbeitsweg mit öffentlichen Verkehrsmitteln mindestens 60 Minuten	700.– CHF/Jahr	Keine
Besucherparkkarte	20.– CHF/Tag* 12.– CHF/halber Tag*	Keine	10.– CHF/Tag 6.– CHF/halber Tag	Keine

\* Zwölf Karten pro Auto und Jahr zum halben Preis.

Das *Initiativkomitee* argumentiert, dass allein in den letzten zehn Jahren in BS mehr als 4'000 Parkplätze abgebaut wurden, obschon die Bevölkerung im gleichen Zeitraum um mehr als doppelt so viel angewachsen ist. Es sei daher unfair, dass Anwohnende seit Anfang 2019 für eine Parkkarte mehr als das Doppelte bezahlen müssen.

Überdies komme eine Studie aus dem Jahr 2019 zum Schluss, dass BS nicht nur vom Problem der fehlenden Parkplätze überdurchschnittlich betroffen sei, sondern auch die Gebühren zu hoch. Zudem erhalte keine andere Stadt der Schweiz von Touristinnen und Touristen derart schlechte Noten bezüglich Parkierungsqualität wie Basel.

Die *kantonalen Behörden* erachten es aufgrund der begrenzten Flächen als nicht zweckmässig und kaum möglich, eine ausreichende Zahl an günstigen Parkplätzen auf Allmend anzubieten.

Eine Rückkehr zu den Parkplatzpreisen von 2018 und der Verzicht auf Bezugsbeschränkungen kämen in erster Linie Personen mit Besucher und Pendlerparkkarten zugute. Die Parkplatzsuche für Personen mit Anwohnerparkkarten würde sich aber erschweren und der Verkehr in den Quartieren zunehmen. Übrigens würden öffentliche Parkplätze stärker subventioniert und die Verlagerung von Parkplätzen auf privates Gelände – insbesondere in Tiefgaragen – verlangsamt.

Für weitergehende Informationen über die Abstimmung / Pour plus d'informations touchant la votation:

[Abstimmungserläuterungen](#)

[Zurück zur Übersicht / Retour à l'aperçu](#)



## GL

Die Landsgemeinde 2021 fand am Sonntag, den 05.09.2021, statt. Abgestimmt wurde auch über Vorlagen, die für vergangene – abgesagte – Landsgemeinde traktandiert waren; entsprechend war über eine grosse Zahl von Vorlagen abzustimmen: Erwähnt werden können z.B. die Abstimmung über den Erlass eines neuen Gesetzes über die Information der Öffentlichkeit, den Datenschutz und das Archivwesen (IDAG) oder eine Änderung des Energiegesetzes.

Zugestimmt wurde namentlich dem IDAG, welches die Umsetzung des Öffentlichkeitsprinzips auf Kantons- und Gemeindeebene ermöglicht. In Zukunft gelten alle amtlichen Dokumente von Kanton und Gemeinden grundsätzlich als öffentlich. Das Gesetz regelt unter anderem, wann ausnahmsweise die Einsicht verweigert wird. Darüber hinaus werden im Gesetz auch der Datenschutz und das Archivwesen neu geregelt. Im Landrat war die Vorlage unbestritten (vgl. im einzelnen [Traktandum 10](#)).

Für weitergehende Informationen über die Abstimmung / Pour plus d'informations touchant la votation:

[Übersicht zu den Traktanden inkl. Memorial](#)

[Zurück zur Übersicht / Retour à l'aperçu](#)

## LU



### Ausbau der Kantonsstrasse K 4 durch das Ränggloch in Kriens und Littau (Luzern)

#### Stimmbeteiligung

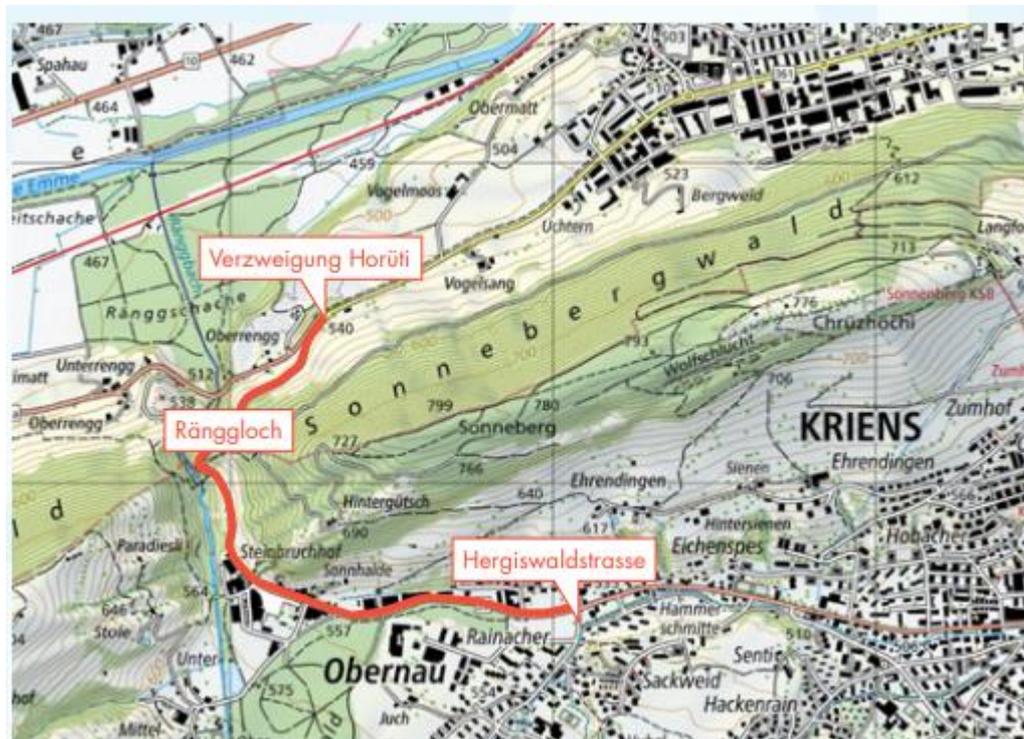
**JA (81.74%)**  
**52.83%**

Die Strasse durchs Ränggloch zwischen Kriens und Littau/Malters ist in schlechtem Zustand, zu schmal, oft Steinschlag und Rutschungen ausgesetzt und für alle Verkehrsteilnehmer gefährlich. Sie soll deshalb saniert bzw. verbreitert, vor Naturgefahren gesichert und mit einem Rad-/Gehweg ergänzt werden. Das Vorhaben kostet CHF 53 Mio. und für seine Realisierung ist die Sperrung der Strasse während 18 Monaten nötig.

Zur Sanierung des Strassenabschnittes ist geplant:

- Verbreiterung der Strasse von 6 auf 7 Meter,
- Bau einer rund 160 Meter langen Brücke dem nördlichen Steilhang entlang,
- Bau eines durchgehenden, breiten Rad- und Gehwegs,

- Sanierung von Fahrbahn und Kunstbauten,
- Umgestaltung der Verzweigung Horüti (Littau) zu einem Kreisel,
- ökologische Ausgleichsmassnahmen.



Quelle: Abstimmungsbroschüre S. 3

Die Kosten für die Detailplanung, den Bau und die flankierenden Massnahmen betragen CHF 53 Mio. Das Projekt wird aus den zweckgebundenen Mitteln für das Strassenwesen finanziert. Der Bund beteiligt sich über das Agglomerationsprogramm Luzern der 2. Generation an den Kosten. Wenn die Vorlage in der Volksabstimmung angenommen wird, könnte 2022 mit den Vorarbeiten und 2023 mit den Hauptarbeiten begonnen werden. Die Vollsperrung ist in den Jahren 2023 und 2024 geplant.

Trotz allgemeiner Zustimmung zum Projekt sorgte sich ein Teil des Grossen Rates, namentlich Ratsmitglieder aus Kriens, um eine mögliche Zunahme des Verkehrs nach dem Ausbau der Strasse, besonders des Lastwagenverkehrs durch die Stadt Kriens.

In der Schlussabstimmung stimmte der Kantonsrat dem Bauprojekt mit 109 gegen 2 Stimmen zu. Nach § 23 Abs. 1 Bst. b der [Kantonsverfassung](#)<sup>4</sup> sind Beschlüsse des Kantonsrates, mit denen frei bestimmbare Ausgaben für Vorhaben im Gesamtbetrag von mehr als CHF 25 Mio. bewilligt werden, den Stimmberechtigten zur Abstimmung vorzulegen.

<sup>4</sup> Verfassung des Kantons Luzern (KV) vom 17.06.2007; SRL 1.

Für weitergehende Informationen über die Abstimmung / Pour plus d'informations touchant la votation:

[Bericht des Regierungsrates](#)

[Zurück zur Übersicht / Retour à l'aperçu](#)

# NE



**Loi du 2 septembre 2020 sur la reconnaissance d'intérêt public des communautés religieuses (LRCR)**

**NON (56.25%)**  
**36.94%**

**Participation**

L'intérêt public des Églises protestante, catholique romaine et catholique chrétienne est inscrit dans la [Constitution neuchâteloise](#)<sup>5</sup>. Celle-ci permet aussi de reconnaître l'utilité publique d'autres communautés religieuses pour autant qu'une loi le prévoit et qu'elles remplissent des conditions bien précises.

La loi sur laquelle la population du canton de NE est appelée à voter rendrait cela possible en définissant toutes les conditions à remplir, ainsi que la procédure à suivre et les effets de la reconnaissance.

Pour les communautés qui déposeraient leur candidature en vue de leur reconnaissance d'intérêt public, la procédure prévue par la loi est considérée comme « longue et exigeante ». Elle requiert de leur part une forte détermination à démontrer leur bonne intégration. Une communauté devrait ainsi reconnaître et respecter les lois suisses et remplir des conditions très strictes. En outre, elle devrait être parfaitement transparente et fournir aux autorités toutes les informations qui lui sont demandées.

C'est le Grand Conseil qui validerait, à la majorité de trois cinquièmes, la reconnaissance d'une communauté religieuse. Celui-ci pourrait également décider d'autoriser un référendum sur chaque décision individuelle de reconnaissance. Il suffirait pour cela que trente député-e-s le demandent.

De plus, une communauté religieuse reconnue d'intérêt public devrait démontrer régulièrement qu'elle continue de remplir les conditions et les critères qui ont permis sa reconnaissance. Dans le cas contraire, les autorités pourraient à tout moment mettre fin à sa reconnaissance.

Une fois reconnues, les communautés obtiendraient les mêmes droits que ceux dont disposent actuellement les trois Églises reconnues :

- L'État perçoit pour elles les contributions volontaires de leurs membres, contributions qui demeurent totalement facultatives.
- Elles bénéficient d'une exonération fiscale et ne paient donc pas d'impôt.
- Elles ont le droit d'utiliser les locaux scolaires hors des heures d'école pour dispenser un enseignement religieux ; cette activité est encadrée par la [loi sur l'organisation scolaire](#)<sup>6</sup> et contrôlée par les autorités scolaires mais reste totalement indépendante de l'enseignement public obligatoire.

<sup>5</sup> Constitution de la République et Canton de Neuchâtel (Cst. NE) du 24.09.2000 ; RSN 101. Cf. Titre VI – Etat, Eglises reconnues et autres communautés religieuses (Art. 97, 98 et surtout 99).

<sup>6</sup> Loi sur l'organisation scolaire (LOS) du 28.03.1984 ; RSN 410.10 (Art. 5, 8, 41).

- Elles peuvent participer aux services d'aumônerie qui sont organisés par les services pénitentiaires en collaboration avec les Églises reconnues ; cette organisation assure que seuls les aumôniers agréés ont accès aux prisons. De manière similaire, elles peuvent participer aux services d'aumônerie dans les établissements de soins et l'Université.

Les *autorités cantonales* rappellent que le Canton de NE est laïc, avec un fonctionnement complètement indépendant des Églises. Il ne favorise aucune religion, il est en dialogue avec les communautés religieuses comme avec les autres acteurs de la société ; il garantit aussi la liberté de chacun-e et encourage le respect mutuel.

- L'État est laïc non pas en interdisant les expressions publiques de la liberté religieuse, mais parce qu'il veille à la paix confessionnelle, au respect de la pluralité religieuse et à l'ordre public.
- La loi permettrait la reconnaissance non pas d'autres religions en tant que telles, mais bien d'autres communautés lorsqu'elles sont intégrées dans la société.
- La loi s'inscrit en cohérence avec la réalité neuchâteloise, c'est pourquoi elle est soutenue par les trois Églises reconnues et la majorité des communes.
- La diversité religieuse est une réalité, qui ne dépend pas de cette loi. La refuser priverait le canton de NE des règles aujourd'hui nécessaires pour que cette diversité puisse s'exprimer de façon harmonieuse.

Les *opposants à la loi (référendaires)* font principalement valoir les arguments suivants :

- Le référendum devrait être obligatoire et ne pas dépendre du vote de 30 député-e-s au moins. La reconnaissance de nouvelles communautés devrait être impérativement soumise au vote du peuple.
- Cette reconnaissance ajouterait encore à l'influence des promoteurs de certaines religions pour imposer leurs exigences communautaristes et, ce faisant, fragiliser un peu plus la vie en société.
- Même si la loi prévoit de retirer sa reconnaissance à une communauté qui ne respecterait pas ses engagements, on imaginerait mal le Grand Conseil revenir sur une décision d'octroi au risque de se faire accuser de racisme ou de discrimination.

**Für weitergehende Informationen über die Abstimmung / Pour plus d'informations touchant la votation:**

[Voteinfo](#)

[Zurück zur Übersicht / Retour à l'aperçu](#)

**SG**



**Gesetz über die wirtschaftliche Unterstützung von Unternehmen  
in Zusammenhang mit der Covid-19-Epidemie**

**Stimmbeteiligung**

**JA (69.01%)  
49.10%**

**UNI  
FR**

**UNIVERSITÉ DE FRIBOURG FACULTÉ DE DROIT  
UNIVERSITÄT FREIBURG RECHTSWISSENSCHAFTLICHE FAKULTÄT**

**Mit dem vorliegenden Gesetz sollen Unternehmen mit Sitz im Kanton SG, die wegen der Corona-Krise erhebliche Umsatzeinbussen erlitten haben, finanziell unterstützt werden. Das Gesetz enthält drei Teile.**

Mit dem *ersten Teil* dieses Gesetzes soll der Kanton SG die notwendige Rechtsgrundlage für die Auszahlung von Härtefallmassnahmen bis zu einem Gesamtbetrag von maximal CHF 95 Mio. zulasten des Kantons SG schaffen. Hinzu kommen die Bundesmittel in einem massgeblichen Umfang: Gemäss seinen im März 2021 gefällten Entscheiden finanziert der Bund Härtefallmassnahmen für Unternehmen mit einem Jahresumsatz bis und mit CHF 5 Mio. zu 70 Prozent. Die restlichen 30 Prozent finanziert der Kanton. Härtefallmassnahmen für grössere Unternehmen mit einem Jahresumsatz über CHF 5 Mio. finanziert der Bund zu 100 Prozent. Das kantonale Gesetz soll überdies das Verfahren von der Gesuchstellung bis zum Entscheid regeln.

Überdies betrifft der *zweite Teil* des Gesetzes die Unterstützung professioneller Sportvereine, die aufgrund ausbleibender Einnahmen, insbesondere der Ticketeinnahmen, ebenfalls stark unter den Folgen der Covid-19-Epidemie leiden. Der Bund ist bereit, die Klubs mit zinslosen Darlehen zu unterstützen, verlangt dafür aber Sicherheiten. Dieses Gesetz soll die Rechtsgrundlage schaffen, damit der Kanton SG diesen Klubs – namentlich betrifft dies den FC St.Gallen 1879 und die SC Rapperswil-Jona Lakers – die nötigen Sicherheiten bereitstellen kann.

Schliesslich soll in einem *dritten Teil* die Rechtsgrundlage für eine zusätzliche Unterstützung von Seilbahnunternehmen im Kanton SG geschaffen werden.

Der Kantonsrat erliess das Gesetz über die wirtschaftliche Unterstützung von Unternehmen in Zusammenhang mit der Covid-19-Epidemie am 17.02.2021 mit 108 zu 0 Stimmen.

#### **Kompetenzverteilung im Bereich Härtefallmassnahmen**

Das [Covid 19-Gesetz](#)<sup>7</sup> des Bundes sieht vor, dass der Bund sich an kantonalen Härtefallmassnahmen für Unternehmen, die besonders von den Folgen von Covid-19 betroffen sind, beteiligt. Dies betrifft Unternehmen, die behördlich geschlossen wurden oder aufgrund der angeordneten Massnahmen einen erheblichen Umsatzrückgang erlitten haben, beispielsweise Restaurants, Hotels, Reiseunternehmen oder die Eventbranche. Von «Härtefällen» kann insbesondere dann gesprochen werden, wenn trotz der bisherigen Unterstützungen (insbesondere Covid-Kredite des Bundes, kantonale Unterstützungsmassnahmen, Kurzarbeitsentschädigung sowie Corona-Erwerbsersatz) existenzielle Liquiditätspässe bestehen. Der Kanton hat sich bei der Ausgestaltung der Härtefallmassnahmen nach den Vorgaben des Bundes im Covid-19-Gesetz und in der Covid-19-Härtefallverordnung zu richten. Nur so ist sichergestellt, dass der Bund sich an der Finanzierung der Härtefallmassnahmen beteiligt. Für den Vollzug der Härtefallhilfe sind die Kantone zuständig.

*Quelle: Abstimmungsbroschüre, S. 4*

Warum eine Volksabstimmung? Gesetze und Beschlüsse des Kantonsrates, die zu Lasten des Kantons für den gleichen Gegenstand eine einmalige neue Ausgabe von mehr als CHF 15 Mio. zur Folge haben,

<sup>7</sup> Bundesgesetz über die gesetzlichen Grundlagen für Verordnungen des Bundesrates zur Bewältigung der Covid-19-Epidemie (Covid-19-Gesetz) vom 25.09.2020; SR 818.102.

müssen nach Art. 6 des [Gesetzes über Referendum und Initiative](#)<sup>8</sup> dem Volk zur Abstimmung unterbreitet werden.

**Für weitergehende Informationen über die Abstimmung / Pour plus d'informations touchant la votation:**

[Kantonale Abstimmungsbroschüre](#)

[Zurück zur Übersicht / Retour à l'aperçu](#)

# SO



## 1. Balsthal, Verkehrsanbindung Thal; Bewilligung eines Verpflichtungskredites Stimmbeteiligung

**JA (58.75%)**  
**49.46%**

Die Klus bei Balsthal ist ein topografischer Engpass. Der gesamte Strassenverkehr zwischen dem Mittelland und der Region Thal sowie den Juraübergängen Schelten, Passwang und Oberer Hauenstein passiert dieses Nadelöhr durch das historische Städtchen in der Klus. Der tägliche Rückstau des Strassenverkehrs ist seit Jahrzehnten ein Problem, das sich kontinuierlich verschärft. Das vorliegende Projekt soll diesen Engpass und die damit verbundenen Staus beseitigen.

Nach Abzug der Beiträge Dritter verbleiben für die kantonale Strassenrechnung Nettokosten von CHF 63.7 Mio. Gegen die Vorlage wurde ein Referendum ergriffen («Nein zur überdimensionierten 81-Millionen-Luxusstrasse»).

Der *Regierungsrat* befürwortet den Verpflichtungskredit aus verschiedenen Gründen, namentlich:

- Die Verkehrsanbindung Thal würde die Voraussetzung für eine nachhaltige Entwicklung des Städtchens Klus, der Gemeinde Balsthal und der ganzen Region schaffen.
- Der tägliche Rückstau zwischen dem Städtchen Klus und Oensingen würde eliminiert.
- Das denkmalgeschützte Städtchen Klus mit seinem Ortsbild von nationaler Bedeutung soll wieder lebenswert werden.
- Die Radwegverbindungen durch die Klus würden deutlich verbessert und sicherer.
- Der ÖV würde ebenfalls profitieren.
- Die verursachten Schadstoffemissionen, insbesondere das klimaschädliche CO<sub>2</sub>, würden verringert.
- Die neue Entlastungsstrasse würden helfen, die vielen Streusiedlungen im Bezirk Thal effizient zu erschliessen.
- Die Verkehrsanbindung Thal sei kein «Luxusprojekt»; die Kosten pro Laufmeter seien vergleichbar mit den Kosten der umgesetzten Gesamtverkehrsprojekte in Olten und Solothurn.

<sup>8</sup> Gesetz über Referendum und Initiative (RIG) vom 27.11.1967 ; sGS 125.1.

- Sollte der Kredit abgelehnt werden, würden sich die Probleme weiter verschärfen; mittelfristig wären Rückstaus bis auf die Autobahn A1 zu erwarten.
- Das über Jahrzehnte entwickelte Projekt sei ausgereift und breit abgestützt.
- Dem Verfassungsziel, «den Kanton in seiner kulturellen und regionalen Vielfalt zu erhalten und [...] zu festigen», soll wird mit der Verkehrsanbindung Thal Rechnung getragen werden.

Anderer Ansicht ist das *Referendumskomitee*:

- Die Umfahrung Klus soll die Fahrzeit im Feierabendverkehr zwischen Oensingen und Balsthal um lediglich 4.5 Minuten reduzieren.
- Das Projekt rechne die Unterhaltsarbeiten in der Höhe von jährlich mehr als CHF 1 Mio. (Viadukt, Tunnel, Felssicherung usw.) gar nicht ein.
- Die Mittel könnten von den Gemeinden und des Kantons wesentlich sinnvoller eingesetzt werden. Gerade nach der Pandemie brauche es dringende Investitionen in Gesundheit, Bildung, Wirtschaft und Klimaschutz.
- Der stockende Pendlerverkehr würde auch mit der Umfahrung nicht verschwinden, da genau wie heute alle Autos weiterhin in den Kreisel (Thalbrücke) hineingelenkt werden.
- Die Umfahrung Klus werde von einer breiten Koalition aus der Mitte der Gesellschaft abgelehnt. Gewöhnliche Bürgerinnen und Bürger haben sich zusammen mit Politikerinnen und Politiker von der SP bis zur SVP im Komitee zusammengefunden.
- Das Thal biete mit dem Naturpark eine hervorragende Wohnlage und ist eine attraktive Region für Erholung und sanften Tourismus; jede Kapazitätserweiterung Richtung Autobahn würde wie ein Magnet mehr Transitverkehr anziehen.
- Die Arbeitszeiten und die Mobilität werden sich in Zukunft stark und rasch wandeln. Bevor man bis zu 81 Steuermillionen für ein «Monsterprojekt» ausgabe, solle man die zahlreichen vorliegenden Verbesserungsvorschläge umsetzen.

Warum diese Abstimmung? Der Kantonsrat hat der Verkehrsanbindung Thal am 15.12.2020 mit 63 zu 26 Stimmen und 2 Enthaltungen zugestimmt. Gegen diesen Beschluss hat das «Thaler Komitee NEIN zur überrissenen 81-Millionen-Luxusstrasse» ein Referendum ergriffen, das am 13.04.2021 mit 2'324 beglaubigten Unterschriften zustande gekommen ist. Jetzt ist es an den Stimmberechtigten zu entscheiden. Der vom Kantonsrat beschlossene Kredit könnte mit dieser Volksabstimmung freigegeben werden.

## 2. Volksinitiative «Erweiterung der Gemeindeautonomie betreffend

**Vergabe des Stimm- und Wahlrechts auf kommunaler Ebene»**

**NEIN (72.23%)**  
**49.58%**

**Stimmbeteiligung**

**Diese Initiative zielt auf eine Erweiterung des kommunalen Handlungsspielraums ab: Die Einwohnergemeinden sollen entscheiden dürfen, ob und welche politischen Rechte sie den niedergelassenen Ausländerinnen und Ausländern in Gemeindeangelegenheiten einräumen.**

Für das *Initiativkomitee* steht die Vorlage im Geiste des Subsidiaritätsprinzips und des demokratischen Staatsaufbaus von unten nach oben: Im Zentrum stehen die Freiwilligkeit und die Idee des eigenverantwortlichen Gemeinwesens.

Trotz der (späten) Einführung des Frauenstimmrechts werden noch immer ganze Bevölkerungsgruppen von politischen Mitbestimmungsrechten ausgeschlossen, womit ein starkes Demokratiedefizit verbunden sei. Um die Legitimität der direktdemokratischen Strukturen zu erhöhen, sollen möglichst breite Bevölkerungskreise in politische Prozesse eingebunden werden.

Zu dieser Wohnbevölkerung gehören auch Menschen ohne Schweizer Pass, die sich mit der Absicht dauerhaften Verbleibs in der Schweiz niedergelassen haben: Es handelt sich um über 16 Prozent der im Kanton SO wohnenden Menschen. Selbst wenn sie das politische System hinreichend gut kennen, dürfen sie nicht wählen oder abstimmen.

### **Worüber spricht man?**

Das *aktive Stimm- und Wahlrecht* auf kommunaler Ebene beinhaltet insbesondere das Recht, an kommunalen Abstimmungen sowie an Gemeindeversammlungen teilzunehmen, auf Gemeindeebene zu wählen sowie Wahlvorschläge zu unterzeichnen.

Das *passive Wahlrecht*, die sogenannte Wählbarkeit, beinhaltet das Recht, in kommunale Ämter, also zum Beispiel als Gemeinderat, als Mitglieder von Kommissionen oder als Beamte, gewählt zu werden.

*Quelle: Abstimmungsbroschüre, S. 12*

Die Einwohnergemeinden im Kanton SO sollen daher die Möglichkeit erhalten, in kommunalen Angelegenheiten die politischen Rechte auf Niedergelassene ausweiten zu dürfen. Hinzu kommt, dass viele Einwohnergemeinden seit längerer Zeit Mühe bekunden, ihre Ämter und Kommissionssitze zu besetzen. Eine Einführung würde dazu beitragen, die Suche nach geeigneten Mandatsträgerinnen und -trägern zu erleichtern und motivierte Menschen in die Verantwortung miteinzubeziehen.

Die *Mehrheit im Kantonsrat* empfiehlt die Volksinitiative zur Ablehnung, insbesondere mit der Begründung, dass dem Mitspracherecht grundsätzlich die Einbürgerung vorangehen soll.

### **Kommunales Ausländerstimmrecht in anderen Kantonen**

Schweizweit haben bisher acht Kantone ein Stimm- und Wahlrecht in kommunalen Angelegenheiten für Ausländerinnen und Ausländer eingeführt. Die Kantone AR, BS und GR kennen ein fakultatives Stimmrecht für Ausländerinnen und Ausländer, wie dies die Volksinitiative verlangt. Bisher haben in diesen drei Kantonen nur wenige Gemeinden von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht.

Ein obligatorisches Stimmrecht für Ausländerinnen und Ausländer in kommunalen Angelegenheiten haben bisher die Kantone FR, GE, JU, NE und VD eingeführt. Der Kanton GE erlaubt das Stimm- und das aktive Wahlrecht, nicht aber das passive Wahlrecht. Die anderen vier Kantone haben auf Gemeindeebene sowohl das aktive wie auch das passive Stimm- und Wahlrecht für Ausländerinnen und Ausländer eingeführt. Die beiden Kantone NE und JU gewähren Personen mit ausländischer Staatsbürgerschaft auch auf kantonaler Ebene das aktive Stimm- und Wahlrecht, dies jedoch nur unter bestimmten Bedingungen.

*Quelle: Abstimmungsbroschüre, S. 12*

Das Stimm- und Wahlrecht sei nicht nur ein Recht, sondern bringe auch gewisse Pflichten mit sich, die man zuerst zu erfüllen habe. So soll das Stimm- und Wahlrecht quasi die Krönung einer gelungenen Integration darstellen. Mit der Annahme der Initiative würde die Erteilung des Stimm- und Wahlrechtes beinahe zu einem Verwaltungsakt und den Betroffenen einfach per Post zugestellt. Da das Abstimmen und Wählen das Ziel vieler einbürgerungswilliger Personen sei, würde damit die Einbürgerung an sich bedeutungslos.

Schliesslich würden unterschiedliche Regelungen in den Einwohnergemeinden zu einer unübersichtlichen Situation sowie zu einer Ungleichbehandlung der im Kanton SO niedergelassenen Ausländerinnen und Ausländer führen.

Eine *Minderheit des Kantonsrates*, aber auch *der Regierungsrat*, argumentieren anderweitig. Die fakultative Einführung des Stimm- und Wahlrechtes für niedergelassene Ausländerinnen und Ausländer würde die Gemeindeautonomie stärken. In vielen Gemeinden sei eine beachtliche Anzahl niedergelassener Ausländerinnen und Ausländer in die Gesellschaft integriert. Die gesellschaftliche Anerkennung dieser Personen könnte mit der Einführung des Stimm- und Wahlrechtes auf Gemeindeebene gestärkt und politische Entscheide breiter abgestützt werden.

Zudem würde eine Einführung den Einwohnergemeinden die Chance bieten, niedergelassene Ausländerinnen und Ausländer mit in die politische Verantwortung einzubeziehen.

Am 03.11.2020 hat der Kantonsrat empfohlen, die Volksinitiative mit 55 Nein zu 37 Ja bei einer Enthaltung abzulehnen.

**Für weitergehende Informationen über die Abstimmung / Pour plus d'informations touchant la votation:**

[Kantonale Abstimmungszeitung](#)

[Zurück zur Übersicht / Retour à l'aperçu](#)

**SZ**



**Änderung vom 28. April 2021 des Gesetzes über Ergänzungsleistungen zur Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung (Streichung der Gemeindebeiträge an die Ergänzungsleistungen)**

**Stimmbeteiligung**

**JA (59.73%)**  
**48.84%**

Mit der Teilrevision des Gesetzes über die Ergänzungsleistungen würden die Gemeinden von den Beiträgen an die Ergänzungsleistungen zur AHV/IV (EL) vollständig entlastet. Die Kosten für die EL würden nach Abzug des Bundesbeitrages nur noch durch den Kanton getragen. Dadurch würde die Hälfte der Kosten für die EL nicht mehr nach Einwohnerzahl den einzelnen Gemeinden belastet, sondern die gesamten kantonalen EL-Kosten würden durch die Steuerzahler direkt über die Kantonssteuern nach ihrer Steuerkraft getragen.

Der aktuelle Finanzierungsschlüssel zwischen dem Kanton und den Gemeinden bei den EL ist im [Gesetz über Ergänzungsleistungen zur Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung](#) (KELG) geregelt.<sup>9</sup> Die EL werden durch Bundesbeiträge und Kantonsbeiträge finanziert (§10 Abs. 1 KELG). Die Kantonsbeiträge werden zur Hälfte von den Gemeinden nach ihrer Einwohnerzahl getragen (§10 Abs. 2 KELG). An seiner Sitzung vom 28.04.2021 hat der Kantonsrat beschlossen, die Gemeindebeteiligung bei den EL komplett bzw. §10 Abs. 2 KELG zu streichen. Dadurch soll voraussichtlich eine Mehrbelastung des Kantons Haushaltes (gemessen an den Erwartungen für das Jahr 2021) gegenüber dem ursprünglichen Antrag des Regierungsrates von rund CHF 14.5 Mio. entstehen, während die Gemeinden um diesen Betrag entlastet werden.

Eine *Mehrheit des Kantonsrates* befürwortet die Vorlage aus folgenden Gründen:

- Mit Verweis auf das Äquivalenzprinzip würde eine Beteiligung der Gemeinden an den Aufwendungen für die EL grundsätzlich hinterfragt. Die Gemeinden hätten keine Möglichkeiten, die Höhe der EL zu beeinflussen. Die Bedarfsplanung, die Standards der Pflegeheime sowie die maximal verrechenbaren Kosten würden durch den Kanton festgelegt.
- Der vom Regierungsrat vorgeschlagene Ausgleich sei zwar aktuell einigermaßen angemessen. Im Vergleich zu den EL würden jedoch die Kosten für die Pflegefinanzierung, welche vollständig zulasten der Gemeinde gehen, stärker ansteigen.
- Als übergeordnetes finanzpolitisches Ziel wird die Verkleinerung der innerkantonalen Steuerdisparität ins Feld geführt. Mit der Kantonalisierung der Kosten für die EL würden die Kosten nicht mehr pro Kopf den Gemeinden belastet, sondern nach Steuerkraft über die ordentlichen Kantonssteuern. Damit würden die finanzschwächeren Gemeinden stärker entlastet.

Eine *Minderheit des Kantonsrates* lehnt seinerseits die Vorlage aus folgenden Gründen ab:

- Im Kanton SZ sind vielfach die Gemeinden Träger der Alters- und Pflegeheime. Sie haben Einfluss auf deren Kostenstruktur und somit auch auf die Höhe der Heimtaxen. Erhöhungen der Heimtaxen würden mitunter zu den Kostensteigerungen bei den EL führen.
- Bei einer umfassenden Entlastung der Gemeinden bei den EL könnte die Anspruchshaltung schnell steigen. Konkret könnte es für die Heime und ihre Träger (meistens die Gemeinden) viel einfacher sein, neue Forderungen bei den EL zu stellen. Die EL-Ausgaben würden dadurch entsprechend steigen – neu aber einzig zulasten des Kantons. Die Heime und die Gemeinden hätten weniger Anreize, kostendämmende Entscheide zu fällen und umzusetzen.

Warum eine Abstimmung? Der Kantonsrat hat der Teilrevision des KELG mit 56 zu 33 Stimmen zugestimmt. Da weniger als drei Viertel der an der Abstimmung teilnehmenden Kantonsrätinnen und Kantonsräte der Vorlage zustimmten, unterbreitet die Gesetzesänderung der Volksabstimmung (obligatorisches Referendum).<sup>10</sup>

**Für weitergehende Informationen über die Abstimmung / Pour plus d'informations touchant la votation:**

[Erläuterungen](#)

[Zurück zur Übersicht / Retour à l'aperçu](#)

---

<sup>9</sup> KELG vom 28.03.2007 ; SRSZ 362.200.

<sup>10</sup> Vgl. Art. 34 Abs. 2 Bst. a der [Verfassung des Kantons Schwyz](#) vom 24.11.2010; SRSZ 100.100.



1. **Iniziativa popolare del 6 marzo 2017, denominata «Basta tasse e basta spese, che i cittadini possano votare su certe spese cantonali»** **NO (58.22%)**
- e controprogetto del Gran Consiglio (Referendum finanziario obbligatorio, modifica art. 42 Costituzione cantonale)** **SI (51.88%)**
- Partecipazione** **46.34%**

L'iniziativa propone di introdurre nella Costituzione, in aggiunta allo strumento del referendum finanziario facoltativo, anche il principio del referendum finanziario *obbligatorio*. Il Gran Consiglio, per contro, ha accolto un controprogetto all'iniziativa al fine di istituire un referendum finanziario obbligatorio «filtrato» dal Parlamento e di innalzare i limiti di spesa.

L'iniziativa propone di introdurre nella Costituzione cantonale ticinese, in aggiunta allo strumento del referendum finanziario facoltativo, anche il principio del *referendum finanziario obbligatorio (RFO)*. Quest'ultimo stabilisce che sono da sottoporre al voto popolare obbligatorio gli atti legislativi che generano spese sopra un determinato limite, sia per le spese ricorrenti che per quelle di investimento. Il testo conforme all'iniziativa popolare fissa per le spese uniche un limite superiore a CHF 20 Mio e per le spese annue un limite superiore a CHF 5 Mio per almeno quattro anni.

Secondo gli iniziati, ci sono numerosi argomenti in favore dell'iniziativa et dell'introduzione del RFO.

- Le finanze cantonali presentano per i prossimi anni dei deficit enormi di oltre CHF 200 Mio all'anno, e il debito pubblico a carico dei ticinesi ma soprattutto della prossima generazione sfiorerà i CHF 3 Mia. Adesso lo Stato dovrebbe mantenere sotto controllo la sua spesa prima di chiedere nuovi soldi ai cittadini.
- Lo scopo non è quello di mandare continuamente il popolo al voto, bensì il contrario. Governo e Parlamento sapendo che devono sottostare a un limite di spesa devono fare tutto il possibile per rispettarlo prima di andare davanti al Popolo. Lo strumento del RFO ha dimostrato, da anni in ben 18 Cantoni, la sua validità sia come calmiera per la spesa, sia come garante di una bassa pressione fiscale, sia come limite all'esplosione del debito pubblico. Questi Cantoni avrebbero i conti più in ordine di chi non ha il RFO.
- Gli aumenti di spesa che dispongono di una base legale già in vigore non sono soggetti al RFO, e quindi nemmeno gli aumenti di Preventivo annuali. In base alla statistica ticinese degli ultimi 20 anni, grazie al RFO nella forma diretta (iniziativa popolare) si stima che si sarebbe in media da 3 a 4 oggetti all'anno ad essere sottoposti al voto popolare.

Il Gran Consiglio, per contro, ha accolto un controprogetto all'iniziativa al fine di istituire un referendum finanziario obbligatorio «filtrato» dal Parlamento e di innalzare i limiti di spesa. In particolare, il controprogetto stabilisce che il Gran Consiglio, con un terzo favorevole dei presenti e con un minimo di 25 deputati, vota la referendabilità obbligatoria degli atti comportanti una spesa unica superiore a CHF 30 Mio o una spesa annua superiore a CHF 6 Mio per almeno quattro anni.

Il controprogetto è frutto di un lungo periodo di trattative all'interno della commissione e tra i commissari e gli iniziativisti. Lo scopo dei negoziati era quello di trovare una proposta alternativa che rispettasse il più possibile la volontà degli iniziativisti, togliendo o attenuando il meccanismo del voto popolare automatico. La maggioranza del Gran Consiglio, consapevole della situazione finanziaria e della necessità di

introdurre uno strumento attivo per la tenuta in equilibrio dei conti del Cantone, ha votato a favore del controprogetto commissionale.

Un'ultima minoranza *respinge sia l'iniziativa che il controprogetto*.

- Lo strumento del RFO potrebbe moltiplicare il numero di votazioni popolari anche su oggetti non controversi e che non suscitano l'interesse delle cittadine e dei cittadini. Organizzare sistematicamente consultazioni popolari su tematiche che sono largamente condivise e che non generano un reale dibattito nella società, potrebbe produrre una sorta di disaffezione delle cittadine e cittadini allo strumento del voto popolare e la crescita dell'astensionismo.
- L'introduzione del RFO rischierebbe di rallentare la realizzazione di investimenti necessari allo sviluppo del Cantone TI e delle sue differenti regioni, comprese quelle più periferiche.
- Da parte sua, il controprogetto attiverebbe il referendum finanziario per decisione di una minoranza del Gran Consiglio. Questa possibilità risulterebbe problematica, perché conferirebbe a poche persone un diritto che normalmente deve essere esercitato da un numero significativo di cittadine e cittadini (7'000 votanti).

## 2. Iniziativa popolare del 12 aprile 2018, denominate «NO alle pigioni abusive, Sì alla trasparenza: per l'introduzione del formulario ufficiale ad inizio locazione»

Partecipazione

**NO (54.88%)**  
**46.4%**

Quest'iniziativa popolare legislativa generica chiede al Gran Consiglio di elaborare le basi giuridiche necessarie per introdurre l'obbligatorietà del formulario ufficiale secondo l'articolo 270 capoverso 2 del Codice delle obbligazioni in caso di stipulazione di un contratto di locazione. Il suo scopo è di limitare l'aumento continuo degli affitti.

L'articolo 270 capoverso 2 del [Codice delle obbligazioni](#)<sup>11</sup> prevede che, in caso di penuria di abitazioni, i Cantoni possono dichiarare obbligatorio, in tutto o in parte del loro territorio, l'uso di un modulo ufficiale per la conclusione di un nuovo contratto di locazione. Tale formulario dovrebbe contenere le informazioni sulla pigione precedente e su quella al momento dell'entrata del nuovo inquilino, nonché le motivazioni di un eventuale cambiamento di pigione.

Siccome l'iniziativa è stata presentata in forma generica, il Gran Consiglio ha elaborato il testo conforme all'iniziativa, trattato nella seduta del 22.02.2021, che prevede la modifica dell'articolo 4 capoverso 3 della [Legge cantonale di applicazione delle norme federali in materia di locazione di locali d'abitazione e commerciali e di affitto](#)<sup>12</sup> dal tenore seguente:

« In caso di penuria di abitazioni, il Consiglio di Stato dichiara obbligatorio, in tutto il territorio cantonale o in determinati distretti, l'uso del modulo ufficiale per la conclusione di un nuovo contratto di locazione. Il regolamento definisce i dettagli, considerando che la penuria è data con un tasso di abitazioni vacanti nel Cantone o nel distretto inferiore all'1,5% per almeno due anni, e che i successivi adeguamenti si effettuano trascorso il medesimo lasso di tempo ».

<sup>11</sup> Legge federale di complemento del Codice civile svizzero (Libro quinto: Diritto delle obbligazioni) del 30.03.1911; RS 220.

<sup>12</sup> Legge cantonale del 24.06.2010; RL 222.100.

In caso di penuria di abitazioni (tasso di abitazioni vacanti nel Cantone o nel distretto inferiore all'1,5% per almeno due anni), il Cantone sarà chiamato a dichiarare obbligatorio, in tutto il territorio cantonale o in determinati distretti, l'uso del modulo ufficiale per la conclusione di un nuovo contratto di locazione.

### **L'esperienza negli altri Cantoni**

Il formulario ufficiale e obbligatorio è una realtà in sette Cantoni (BL, GE, LU, NE, VD, ZG, ZH). L'utilizzo è risultato semplice, senza generare inutile burocrazia, limitando anche le controversie tra le parti.<sup>13</sup>

Fonte: *Opuscolo informativo*, p. 17

Secondo *il comitato promotore*, il mercato immobiliare è poco trasparente. Alla firma di un nuovo contratto l'inquilino non sa se la pigione precedente sia stata aumentata e se sì per quali motivi.

D'altra parte, le pigioni sono troppo alte. Dal 2009 vi sono state complessivamente nove diminuzioni del tasso di riferimento. In Svizzera le pigioni avrebbero dovuto diminuire di circa CHF 8.5 Mia., invece aumentano. L'incremento di nuove costruzioni non ha portato a una diminuzione delle pigioni. L'iniziativa ha come scopo di limitare gli aumenti di pigione alla conclusione di nuovi contratti e apportare così nel mercato dell'alloggio un'azione calmierante. Se si limitano gli aumenti, si riducono anche le pigioni dei nuovi alloggi.

Le *autorità cantonali* respingono l'iniziativa, e questo per diversi motivi. I dati statistici ufficiali relativi al Canton TI indicano che quest'ultimo sarebbe lontano dall'avere il presupposto della penuria di abitazioni necessario secondo il diritto federale. Al 01.06.2020 nel Canton TI si contavano infatti 6'639 abitazioni vuote, un dato in continua crescita pari al 2.71% del totale.

D'altro canto, l'obbligo di comunicare al nuovo inquilino la pigione precedente per il tramite di un modulo e di motivare eventuali aumenti costituirebbe un'ingerenza immotivata nella libertà contrattuale delle parti.

Finalmente, la situazione relativa al mercato dell'alloggio in TI non giustificerebbe mai l'introduzione di tale formulario obbligatorio, che complicherebbe ulteriormente il diritto della locazione senza portare alcun reale beneficio agli inquilini.

Il 22.02.2021 il Gran Consiglio ha votato il messaggio di maggioranza che raccomanda al popolo di respingere l'iniziativa con 44 voti favorevoli e 18 contrari. I promotori non hanno ritirato l'iniziativa e, di conseguenza, la stessa deve essere sottoposta al voto popolare.

<sup>13</sup> Vgl. LU, Volksinitiative «Fair von Anfang an, dank transparenter Vormiete!», angenommen mit 50.11%: [Abstimmungs-Newsletter IFF vom 27.09.2020](#), S. 20 f. Vgl. auch ZH, Volksinitiative «Transparente Mieten (Offenlegung von Anpassungen bei Neuvermietung)», angenommen mit 52.3%: [Abstimmungs-Newsletter IFF vom 20.11.2012](#), S. 12 f.

### 3. Iniziativa popolare del 22 marzo 2016 «Le vittime di aggressioni non devono pagare i costi di una legittima difesa»

Partecipazione

SI (52.45%)  
46.4%

Quest'iniziativa popolare legislativa elaborata – respinta dal Gran Consiglio – chiede l'adozione di una nuova legge cantonale denominata Legge sul rimborso spese per i procedimenti connessi alla legittima difesa.

L'unico articolo della legge proposta prevede che :

« Il Cantone ad ogni persona residente in Ticino che è stata assolta o contro cui il procedimento nei suoi confronti è stato abbandonato da un'autorità penale svizzera per i reati commessi in stato di legittima difesa, in stato di necessità o più in generale per essere stata indotta dalle circostanze a commettere un'azione per respingere un'aggressione ingiusta o la minaccia ingiusta di un'aggressione imminente fatta a sé o ad altri, rimborsa a tariffa piena l'integralità di tutte le spese procedurali, dei disborse e delle spese per la difesa di fiducia causati dalla procedura dinanzi alle autorità di perseguimento penale, alle autorità giudicanti penali e al Tribunale federale, ivi comprese le procedure per i casi bagatellari e per i casi semplici ».

Il *comitato promotore dell'iniziativa* fa valere che il Cantone è responsabile della sicurezza sul territorio. Ma la Polizia non può essere presente sempre e dappertutto. Per una questione di principio è giusto che lo Stato si assuma almeno i costi dell'avvocato di fiducia di quelle persone che, costrette a difendere sé stesse o terzi da un aggressore che viene poi ferito o ucciso, vengono assolte per legittima difesa. Infatti, già oggi, in caso di assoluzione, lo Stato si assume tutti i costi dell'avvocato d'ufficio. Per cui si tratterebbe solo di estendere questa prestazione pure a chi preferisce (o in certi casi deve) farsi difendere da un avvocato di fiducia.

Inoltre sempre secondo il comitato promotore sarebbe assolutamente falso sostenere che questa iniziativa potrebbe indurre la gente a farsi giustizia da sé, facendo libero uso delle armi. Infatti, essa non modifica in alcun modo il Codice penale e non prevede alcuna impunità per chi si difende con un uso eccessivo della violenza.

#### Un percorso giuridico piuttosto che politico

L'iniziativa popolare elaborata del 22.03.2016 « Le vittime di aggressioni non devono pagare i costi di una legittima difesa » ha raccolto 9'248 firme. Il Gran Consiglio l'ha respinta il 16.09.2019. Infatti, 50 sì, 35 no e 1 astensione hanno sostenuto il rapporto di maggioranza che chiedeva di respingere l'iniziativa.

Il 09.02.2020 il popolo si è espresso con 40'856 voti favorevoli e 41'282 contrari (No : 50.3% ; partecipazione : 37.93.%)<sup>14</sup>. Contro gli atti di procedura preparatoria è stato interposto ricorso. Con [sentenza](#) 1C 130/2020 del 09.04.2021 il Tribunale federale ha accolto il ricorso annullando la votazione cantonale del 09.02.2020, che deve quindi essere ripetuta (« Viste le specificità del caso in esame e la stretta differenza di voti, il ricorso dev'essere pertanto accolto. »)

Fonte: Opuscolo informativo, p. 20

<sup>14</sup> Cf. [Abstimmungs-Newsletter IFF del 09.02.2020](#), p. 32 ss.

Secondo il *Consiglio di Stato* l'iniziativa verrebbe applicata «in pochi casi». Il comitato promotore ne deduce che l'aggravio finanziario per il Cantone sarebbe quindi irrilevante. Inoltre in caso di pretese manifestamente eccessive o abusive l'autorità penale potrebbe ridurre l'indennizzo appellandosi all'«abuso di diritto»<sup>15</sup>.

Nelle discussioni commissionali e parlamentari sono state espresse anche opinioni contrarie a proposito di questa iniziativa. Secondo i loro argomenti all'attuazione di questa iniziativa si oppongono motivi di natura legislativa e giuridica e di formulazione. Il sistema attuale prevede già la concessione di un'indennità per le spese sostenute in caso di assoluzione o di proscioglimento. Inoltre l'assistenza giudiziaria copre già oggi le spese legali e procedurali a favore di chi presenta una situazione finanziaria precaria.

Da un punto di vista pratico, la nuova legge rischia di legittimare comportamenti violenti e di incentivare i cittadini a farsi giustizia da sé, facendo libero uso delle armi. Sempre secondo i contrari la legge proposta favorisce chi viene assolto o prosciolto in un contesto di legittima difesa rispetto a tutti gli altri casi di assoluzione e proscioglimento. Si crea così una categoria privilegiata di persone assolte, ovvero coloro che commettono una fattispecie penalmente perseguibile per difendere sé stessi o terzi. La loro posizione diventa paradossalmente migliore persino rispetto a chi è accusato a torto di tali fatti – magari a seguito di una denuncia mendace o campata in aria – o risulta completamente estraneo.

Infine, secondo le *opinioni contrarie*, l'iniziativa prevede una soluzione di rimborso delle spese che viola il diritto federale. Secondo quest'ultimo, i casi semplici e bagatellari, non sono rimborsati nemmeno in caso di assoluzione. L'iniziativa invece imporrebbe non solo che questi procedimenti vengano rimborsati dallo Stato, ma che lo siano integralmente e a qualsiasi tariffa. Non viene lasciato nessun margine di apprezzamento alle autorità. Dunque con l'iniziativa, lo Stato si troverebbe a dover rimborsare anche tariffe superiori, privilegiando di nuovo le procedure in cui è riconosciuta la legittima difesa per rapporto ad altri tipi di assoluzione o abbandoni.

Il Gran Consiglio e il Consiglio di Stato raccomandano oggi come l'anno scorso di respingere l'iniziativa.

**Für weitergehende Informationen über die Abstimmung / Pour plus d'informations touchant la votation:**

[Opuscolo informativo](#)

[Zurück zur Übersicht / Retour à l'aperçu](#)

# UR



## Einführung des Stimm- und Wahlrechts ab 16. Altersjahr:

Die Senkung des aktiven Stimm- und Wahlrechts auf 16 Jahre bedingt, dass die [Uerner Kantonsverfassung](#)<sup>16</sup> und das [Gesetz über die geheimen Wahlen, Abstimmungen und die Volksrechte](#)<sup>17</sup> angepasst

<sup>15</sup> Art. 2 cpv. 2 del [Codice civile svizzero](#) del 10.12.1907; RS 210: «Il manifesto abuso del proprio diritto non è protetto dalla legge.»

<sup>16</sup> Verfassung des Kantons Uri vom 28.10.1984; RB 1.1101.

<sup>17</sup> Gesetz über die geheimen Wahlen, Abstimmungen und die Volksrechte (WAVG) vom 21.10.1979; RB 2.1201.

werden. An seiner Session vom 03.02.2021 hat der Landrat diese Änderungen mit 34 zu 24 Stimmen bzw. 35 zu 24 Stimmen zuhanden der Volksabstimmung verabschiedet.

- 1. Änderung der Verfassung des Kantons Uri (Stimmrechtsalter 16) **NEIN (68.42%)****  
**Stimmbeteiligung **48.92%****
- 2. Änderung des Gesetzes über die geheimen Wahlen, Abstimmungen und die Volksrechte (WAVG) (Stimmrechtsalter 16) **NEIN (67.87%)****  
**Stimmbeteiligung **48.38%****

**Viele Jugendliche zeigen heute grosses Interesse an politischen Fragen und Prozessen. 2009 wurde letztmals darüber abgestimmt, ob Urnerinnen und Urner ab 16 Jahren wählen und abstimmen dürfen. Nun kommt dieses Thema wieder auf die politische Agenda.**

Laut Kantonsbehörden sei die Zeit für eine Herabsetzung des Stimm- und Wahlrechtsalters reif. Dafür würden namentlich folgende Gründe sprechen:

- Aufgrund ihrer intellektuellen und sozialen Entwicklung sei die aktive Teilnahme am politischen Prozess den 16-Jährigen zuzutrauen.
- Nach neun Jahren endet die obligatorische Schulzeit. Mit 16 Jahren sollen die Jugendlichen damit in der Regel vor richtungsweisenden Entscheiden (z.B. Berufswahlentscheid, weitere Ausbildung) stehen.
- Nach Artikel 11 Absatz 2 [Bundesverfassung](#)<sup>18</sup> üben Jugendliche ihre Rechte im Rahmen ihrer Urteilsfähigkeit aus; die Bundesverfassung knüpft die Rechtsausübung somit nicht an die Mündigkeit, sondern an die Urteilsfähigkeit.
- Hat ein Kind das 16. Altersjahr zurückgelegt, so entscheidet es selbstständig über sein religiöses Bekenntnis (Art. 303 Abs. 3 ZGB<sup>19</sup>).
- Indem Jugendliche frühzeitig miteinbezogen werden, würden sie sich eine eigene Meinung bilden, Verantwortung übernehmen und ihre politische Urteilskompetenz vertiefen. Die meisten politischen Parteien halten in ihren Statuten fest, dass Personen ab dem zurückgelegten 16. Altersjahr Parteimitglied werden können.
- Die Mehrheit der Wählerschaft verschiebt sich zunehmend hin zu den älteren Stimmberechtigten; so ist die Mehrheit der stimm- und wahlberechtigten Urnerinnen und Urner schon heute über 50 Jahre alt. Die Herabsetzung des Stimm- und Wahlrechtsalters würde einen gewissen Ausgleich zum wachsenden Anteil der älteren Stimmberechtigten schaffen und sei geeignet, die Generationensolidarität zu fördern.
- Der Kanton UR könnte ein positives Signal für seine Jugend setzen.

---

<sup>18</sup> Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft vom 18.04.1999; SR 101.

<sup>19</sup> Schweizerisches Zivilgesetzbuch (ZGB) vom 10.12.1907; SR 210.

## Rechtsvergleich – Bund und Kantone

Die Herabsetzung des Stimmrechtsalters auf 16 Jahre ist im Bund<sup>20</sup> und in den Kantonen in regelmässigen Abständen Thema. Ende der 2000er-Jahre versuchten gleich zwölf Kantone, das Stimmrechtsalter 16 einzuführen. Diese Vorhaben scheiterten aber – ausser im Kanton GL – stets.

In elf Kantonen fanden entsprechende Vorstösse und Vorlagen keine Mehrheiten. So auch in UR, wo die kantonale Volksinitiative «Aktives Stimm- und Wahlrecht 16» vom Urner Stimmvolk am 17.05.2009 verworfen wurde.

Der Kanton GL gewährt seit 2007 seinen 16-Jährigen das aktive Stimm- und Wahlrecht. Die Glarner Landsgemeinde nahm einen entsprechenden Antrag am 06.05.2007 mit einer hauchdünnen Mehrheit an. Bis heute ist GL schweizweit die Ausnahme in Sachen Stimmrechtsalter 16 geblieben.

Derzeit laufen vielerorts Bestrebungen, das Stimm- und Wahlrechtsalter auf 16 zu senken. So wurden im Sommer 2020 in der Zentralschweiz in den Kantonen LU, ZG und UR entsprechende Vorstösse überwiesen. Auch in den Kantonen VS, VD, ZH, BS und BE steht das Dossier gegenwärtig auf der Traktandenliste.<sup>21</sup> Andere Kantone wie der Kanton SH, NE oder JU haben das Stimmrechtsalter 16 unlängst abgelehnt.<sup>22</sup>

*Mutatis mutandis* setzte die Bundesverfassung von 1848 die Altersgrenze für das Stimm- und Wahlrecht auf eidgenössischer Ebene noch bei 20 Jahren fest. Diese Bestimmung hatte bis im Jahr 1991 Bestand, als das Volk der Herabsetzung des Stimmrechtsalters auf 18 Jahre in der Volksabstimmung vom 03.03.1991 mit grossem Mehr zustimmte; das Vorhaben war in einem ersten Anlauf 1979 noch gescheitert. Auf kantonaler Ebene kannten folgende 16 Kantone das Stimmrecht 18 bereits vor dessen Einführung auf Bundesebene: SZ (1833), JU (1978), NE (1979), VD (1980), GE (1980), GL (1980), ZG (1980), BL (1980), NW (1982), OW (1983), BS (1988), UR (1989), BE (1989), SH (1990), ZH (1990) und TI (1990).

Quelle: Abstimmungsbroschüre S. 6, 13 f.

Es gibt jedoch auch Argumente *gegen die Herabsetzung* des Stimmrechtsalters:

- Der Bevölkerungsgruppe der 16- bis 17-Jährigen wird das aktive Stimm- und Wahlrecht eingeräumt, jedoch nicht das passive Wahlrecht (vgl. dazu SO Nr. 2 S. 16 dieses Newsletters). Diese könnten zwar an Abstimmungen und Wahlen teilnehmen, nicht aber selber in ein Amt gewählt werden.
- Das politische und das zivile Mündigkeitsalter würden auseinanderklaffen.
- Zum Teil würde die politische Reife bemängelt, die mit dem heutigen Bildungssystem mit 16 Jahren nicht gegeben sei.

<sup>20</sup> Vor gut dreieinhalb Jahren lehnte der Nationalrat mit 118 zu 64 Stimmen die Einführung des Stimmrechts alters 16 auf Bundesebene mit dem Argument ab, es sei nicht die Aufgabe des Bundes, hier eine Vorreiterrolle zu spielen. Momentan ist zudem die parlamentarische Initiative [19.415](#) hängig, welcher der Nationalrat und die Staatspolitische Kommission des Ständerats knapp zugestimmt haben.

<sup>21</sup> Im Februar 2020 lehnte NE in einer Volksabstimmung das Stimmrecht 16 ab (Nein: 58.52%; Stimmbeteiligung: 35.22%; vgl. [Abstimmungs-Newsletter IFF vom 09.02.2020](#), S. 23 f). Und der Kantonsrat von SH sprach sich Ende Mai 2020 ebenfalls gegen das Stimmrechtsalter von 16 Jahren aus. Vgl. auch in BL die verworfene Initiative «Stimmrecht mit 16» (Nein: 84.45%; Stimmbeteiligung: 51.29%; [Abstimmungs-Newsletter IFF vom 04.03.2018](#); S. 11 f.).

<sup>22</sup> Vgl. [IFF-Newsletter](#) 1/2020, 3/2020, 4/2020, 1/2021, Beiträge «Aktuelles».

- Weil kantonale und kommunale Volksabstimmungen oft gemeinsam mit eidgenössischen Volksabstimmungen durchgeführt werden, würde für die Gemeindeverwaltungen ein zusätzlicher administrativer Aufwand entstehen. Stimmrechtsausweise müssten gesondert erstellt, zusätzliches Stimmmaterial versandt und mehr Stimmen ausgezählt werden.
- Es würde beliebt gemacht, die Entwicklung auf Bundesebene abzuwarten.

Landrat und Regierungsrat beantragen den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern, die Änderung der Verfassung des Kantons UR und des Gesetzes über die geheimen Wahlen, Abstimmungen und die Volksrechte anzunehmen.

### 3. Gesetz über die Förderung der Kultur im Kanton Uri (Kulturförderungsgesetz; KFG)

Stimmbeteiligung

JA (62.89%)  
47.50%

Der Kanton UR verfügt über eine reiche, vielseitige und innovative Kulturszene mit überregionaler Ausstrahlung. Einer der Hauptgründe dafür sei die erfolgreiche Zusammenarbeit zwischen privaten Kulturträgerinnen und -trägern sowie Kanton und Gemeinden.

Mit dem Gesetz über die Förderung der Kultur im Kanton Uri (Kulturförderungsgesetz) soll dieses Erfolgsmodell nun eine gesetzliche Grundlage erhalten. Das Kulturförderungsgesetz bildet dabei die bewährte und erfolgreiche Kulturförderungspraxis ab.

Es würde unmittelbar zu keinen Mehrkosten führen und die Gemeindeautonomie respektieren.

Der Kanton UR verfügt als einziger Kanton der Schweiz über keine staatlichen Kulturinstitutionen. Der Kanton und die Gemeinden fördern private Institutionen subsidiär mit finanziellen Beiträgen oder durch die Bereitstellung von Infrastrukturen und Dienstleistungen. Der Einfluss der öffentlichen Hand auf die kulturellen Inhalte und Initiativen ist deshalb in Uri traditionsgemäss gering. Erstmals würde die Kulturförderung von Kanton und Gemeinden damit eine rechtliche Grundlage auf Stufe Gesetz erhalten.

Das Urner «Erfolgsmodell» geriet in den vergangenen Jahren aber unter Druck. Die Bereitschaft zum ehrenamtlichen Engagement in der Gesellschaft sinkt tendenziell, das Fundraising wird anspruchsvoller, die Anforderungen an Kulturorganisationen nehmen zu und fordern eine teilweise Professionalisierung. Sowohl der Landrat ([Motion Michael Arnold, Altdorf](#))<sup>23</sup> als auch der Regierungsrat im Rahmen des Regierungsprogramms unterstützten deshalb die Schaffung von rechtlichen Grundlagen für die Kulturförderung, um die bewährte Förderungspraxis zu sichern.

Im Grundsatz soll das neue Kulturförderungsgesetz deshalb die bisherige erfolgreiche Kulturförderungspraxis von Kanton und Gemeinden abbilden. Weiterhin soll die öffentliche Hand primär subsidiär in der Kulturförderung tätig sein und sämtliche Kultursparten – sowohl im Laien- wie auch im professionellen Bereich – unterstützen können.

Die Vorlage befasst sich insbesondere mit der Kulturvermittlung, die als Förderungsbereich speziell hervorgehoben wird. Klarer geregelt werden sollen die Zusammenarbeit zwischen Kanton und Einwohnergemeinden, der Bereich «Kunst und Bau» sowie die Kriterien und Förderungsinstrumente, die der öffentlichen Hand zur Verfügung stehen.

<sup>23</sup> Motion Michael Arnold, Altdorf, zu Kunst- und Kulturförderung sowie massvolle Beiträge für «Kunst am Bau», vom 15.11.2017.

Die Zuständigkeiten in der kantonalen Kulturförderung sollen gemäss geltender Praxis übernommen werden.

Das Kulturförderungsgesetz würde die Organisation der kommunalen Kulturförderung sowie die kommunale Regelung der Zuständigkeiten den Einwohnergemeinden überlassen.

Finanziell hat das Gesetz keine unmittelbaren Mehrkosten zur Folge. Der Kanton und die Gemeinden sind in ihrer Entscheidung frei, mit welchen Mitteln (monetär und nicht-monetär) die Kultur unterstützt werden soll. Damit soll der unterschiedlichen Finanzkraft der Urner Gemeinden Rechnung getragen werden.

Der Landrat hat am 24.03.2021 mit 59 zu 0 Stimmen das Gesetz über die Förderung der Kultur im Kanton UR (Kulturförderungsgesetz; KFG) zuhanden der Volksabstimmung verabschiedet.



Quelle: Abstimmungsbotschaft, S. 21

#### 4. Gesetz über die amtliche Publikation (Publikationsgesetz; PuG)

**JA (71.87%)**

**Stimmbeteiligung**

**46.39%**

**Die Grundlagen und die Erlassform zur Veröffentlichung von Rechtserlassen und deren Rechtswirkungen sind veraltet, unvollständig und entsprechen nicht den rechtsstaatlichen Anforderungen. Mit dem neuen Gesetz sollen bestehende Mängel und Lücken behoben werden.**

Die Grundlagen zur Veröffentlichung von Rechtserlassen und deren Rechtswirkung finden sich heute in der [Geschäftsordnung des Landrats](#)<sup>24</sup> und im [Reglement über das Amtsblatt und das Rechtsbuch](#)<sup>25</sup>. Diese Erlasse unterstehen nicht dem obligatorischen Referendum. Die Erlassform ist veraltet, unvollständig und entspricht nicht den rechtsstaatlichen Anforderungen.

Publikationsrechtliche Erlasse müssen von Bundesrechts wegen zumindest dem fakultativen Referendum unterstehen. Zudem verlangt die [Verfassung des Kantons UR](#)<sup>26</sup> für alle wichtigen Bestimmungen ein Gesetz, das dem obligatorischen Referendum unterliegt (vgl. Art. 90 Abs. 1 KV).

Das Gesetz über die amtliche Publikation (Publikationsgesetz) würde diese Mängel beheben. Es regelt die amtlichen Publikationsorgane, bestehend aus dem Amtsblatt des Kantons UR, dem Urner Rechtsbuch und dem Kataster der öffentlich-rechtlichen Eigentumsbeschränkungen (ÖREB-Kataster), und legt deren

<sup>24</sup> Geschäftsordnung des Landrats (GO) vom 04.04.2012; RB 2.3121.

<sup>25</sup> Reglement über das Amtsblatt und das Rechtsbuch vom 20.06.1983; RB 3.1311.

<sup>26</sup> Verfassung des Kantons Uri (KV) vom 28.10.1984; RB 1.1101.

Inhalt, Rechtswirkung und Erscheinungsform auf Gesetzesstufe fest. Zudem würde es bestehende Lücken schliessen.

An seiner Sitzung vom 30.06.2021 hat der Landrat das Gesetz über die amtliche Publikation (Publikationsgesetz) einstimmig zuhanden der Volksabstimmung verabschiedet.

**Für weitergehende Informationen über die Abstimmung / Pour plus d'informations touchant la votation:**

[Kantonale Abstimmungsbotschaft](#)

[Zurück zur Übersicht / Retour à l'aperçu](#)